

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 490

Mittwoch, 3. August 2011

17. Jahrgang

PirataTV – ein Angriff auf die Bildschirme

Mangels Zugang zu einer Frequenz und als Alternative zu den gängigen Fernsehprogrammen hat eine Gruppe junger GuatemaltekinInnen um den Filmproduzenten Eduardo Spiegeler Szejner das Projekt PirataTV gegründet, Fernsehprogramme, die nur auf DVD erhältlich sind. Die Beiträge haben eine Bildungsanspruch, sind innovativ und provozierend, gut gemacht, unterhaltend und „muy chapin“. Nachfolgend ein Interview mit Spiegeler, das am 12. Juli im Diario de América erschienen ist. Live zu finden ist Pirata TV auf www.piratatv.tv.

Was ist PirataTV und wann ist das Produkt zum ersten Mal erschienen?

PirataTV ist eine Equipe von Leuten, die Videos und Kino ohne Zensur und ohne Werbung produzieren. Die erste Ausgabe umfasst 12 Stunden Programm und erschien im Februar 2011, die zweite Ausgabe ist eben erschienen. Etwa alle drei Monate soll ein neues Programm entstehen.

Weshalb habt ihr PirataTV gegründet?

Es gibt in Guatemala weder Raum noch Geld, um hiesige Filmproduktionen zu realisieren und vertreiben. Wir werden von fremden Produktionen überschwemmt, deren Ziel es ist, den Konsum zu fördern und das selbstständige Denken zu unterbinden. PirataTV will mit seinen Programmen und Beiträgen das Zuwenig des einen bzw. das Zuviel des andern der guatemaltekischen Fernsehstationen ausgleichen. Die Inhalte unserer Programme reichen von Q'eqchi-Sprachkursen über lateinamerikanische (eingekaufte) Fiction- oder Dokumentarfilmen bis zu Interviews, die wir selber machen. Eine Programmierung, wie sie alle Kanäle ohne grosse Kosten seit Jahren hätten machen können oder wenigstens ohne grössere Kosten, als sie jetzt schon für ihre Golf- und anderen Programme, die zur Volksverdummung beitragen, investieren. Sollen sie doch ihre Wein- und Koch- oder Pingpongprogramme austrahlen, aber sie sollen zusätzlich auch Schulprogramme anbieten und dafür darauf verzichten, täglich fünf Mal dieselben Nachrichten zu bringen. Und sie sollen darauf achten, dass die eingekauften Programme nicht bloss Gringo-Telenovelas oder Fussball sind. Fast scheint es, dass die armselige lokale TV-Produktion in Händen von AusländerInnen ist, die für uns von Miami aus die Fernbedienung betätigen. Ich weigere mich zu glauben, dass das guatemaltekische Fernsehpublikum Tennisturniere, abgestandene Mode- oder blödsinnige Glamoursendungen sehen will, statt vor dem Bildschirm in die eigenen Geschichten einzutauchen und wirkliches Kino zu sehen.

Wer „ist“ PirataTV und wie finanziert sich das Projekt?

Wir sind ein kollektives und solidarisches Projekt, bestehend aus MusikerInnen, ProduzentInnen, Filmschaffenden und SchauspielerInnen. Die Crew von PirataTV investiert ihre Arbeit und Kreativität in die Produktion und den Vertrieb der Programme ohne Anspruch auf Entlohnung. Wir wollen dem guatemaltekischen Publikum vielfältiges audiovisuelles Material zur Verfügung stellen, dessen Inhalte und Diskurse nicht den Interessen eines bestimmten Branding oder einer politischen Gruppierung entsprechen. Die Idee ist, die Mittel für das Projekt über den Verkauf der DVDs zu generieren. Der Konsum des guatemaltekischen Publikums soll die lokale und unabhängige Kino- und Videoproduktion ermöglichen, damit wir nicht von der internationalen konjunkturellen Kooperation oder dem internationalen Wettbewerb abhängig sind, die beide eine längerfristige Produktion nicht garantieren können.

Habt ihr denn die bisherigen Kosten decken bzw. einen Gewinn durch den Verkauf der DVDs erzielen können?

Noch nicht. Wir vertrauen darauf, dass das Publikum ein Bedürfnis nach einem anderen Fernsehen hat. Unsere Vorstellung von „hausgemachter“ audiovisueller Produktion ist, mit einer Kamera und einem Computer zu arbeiten und vor allem mit dem Einsatz eines oder einer jeden MitarbeiterIn. Nur so können wir die Bildschirme

erobern. Zwar werden wir davon nicht reich, aber genau das ist das Thema: Es ist uns wichtiger, diese Art von Material zu produzieren und zu vertreiben, als damit ein Geschäft zu machen. Klar entstehen Kosten und die müssen irgendwie gedeckt werden. Es wäre schön, wir könnten würdevolle Löhne bezahlen, aber die wirkliche nationale Not besteht darin, dem guatemaltekischen Publikum Zugang zu Information und Unterhaltung zu gewährleisten, die nicht von irgendwelchen propagandistischen Interessen gesteuert sind.

Wie vertreibt ihr die DVDs?

Wir bieten Abonnemente an und schicken den Leuten die DVDs nach Hause. Ebenfalls haben wir verschiedene Verkaufsorte in der Hauptstadt: Buchhandlungen, Galerien, Kulturzentren oder Restaurants. Jede DVD à zwölf Stunden Programm kostet 30 Quetzales.

Wie steht ihr denn grundsätzlich zur Piraterie?

Bevor sie deinen Film überhaupt raubkopieren können, musst du ein System überwinden, das genau dazu geschaffen zu sein scheint, Filmschaffen zu verunmöglichen. Es gibt in Guatemala kein Filminstitut und keine private oder öffentliche Filmförderung. Das guatemaltekische Filmschaffen wird von den uns überrollenden Hollywoodproduktionen völlig ignoriert. Die Vereinnahmung der guatemaltekischen Fernsehkanäle ist entwürdigend vor allem, weil sie nur darauf zielt, Amnesie zu verbreiten oder gar nichts zu senden. Der guatemaltekische Kongress zum Beispiel besitzt seit Jahren zwei Kanäle, die nicht genutzt werden. Und wie kann es sein, dass es Kanäle gibt, die nicht selbstverständlich Sendungen in Maya-Sprachen im Programm haben? Wie ist es möglich, dass die Monopol-Sender es vorziehen, tanzende Models auftreten zu lassen statt Alphabetisierungsprogramme auszustrahlen oder einen politischen Dialog in der Gesellschaft zu fördern? Weshalb gibt es so viele religiöse und keine Bildungsprogramme? Weshalb reisen FernsehjournalistInnen nur ins Landesinnere, um eine Sendung über die Zubereitung einer traditionellen Speise zu realisieren?

Bist du einverstanden mit der Art und Weise, wie die Piraterie bekämpft wird?

Das Wissen und die Information sind dazu da, verbreitet zu werden, und nicht, um daraus Gewinn zu schlagen. Es wäre viel besser, die sozialen Ungleichheiten in diesem Land zu bekämpfen, die Unterernährung, die korrupten PolitikerInnen und sonstigen Nieten, die sich in den Institutionen tummeln. Oder die Straflosigkeit. Oder die Ignoranz.

In diesem Land war Bildung immer ein Privileg. Und es gibt immer noch Leute, die sich weigern, eine Bildungsrevolution zuzulassen, weil sie Angst haben vor einem gebildeten guatemaltekischen Volk.

Was unternimmt ihr, damit PirataTV nicht raubkopiert wird?

Nichts, wir sind im höchsten Mass anfällig, raubkopiert zu werden. Zudem sind wir auch auf Youtube. Hier in Guatemala haben wir aber die Erfahrung gemacht, dass die *compañeros* Raubkopierer ein Bewusstsein dafür entwickelt haben, dass es Scheisse ist, die lokale Produktion raubzukopieren. So sind sie von Feinden der Filmindustrie zu den Vertreibern guatemaltekischen Kinos geworden.

Eduardo Spiegel Szejner

Guatemaltekischer Dokumentarfilmer, der in diversen erfolgreichen Produktionen mitgearbeitet hat. Zum Beispiel als Regieassistent in *Gasolina* von Julio Hernández (siehe ¡Fijáte! 417) oder *Fé* von Alejo Crisostómo. Hat auch selber verschiedene Dokfilme realisiert. Arbeitet aktuell als Direktor der Stiftung Mario Monteforte Toledo, von wo aus er verschiedenen Kunst- und Bildungsprojekte in Zentralamerika lanciert.

Lichtblicke und Abgründe der guatemaltekischen Justiz

Guatemala, 16. bis 28. Juli. In den letzten Wochen konnte man – selbst auf internationaler Ebene – einige Schritte in Sachen Justiz und Straflosigkeit in Guatemala beobachten. Die *Vereinten Nationen* riefen am 25. Juli Guatemala dazu auf, das Justizsystem zu reformieren und zu säubern, da Gewalt und Straflosigkeit immer noch sichtbare Realitäten seien. So sollte zum Beispiel das Gesetz über die Justizkarriere überprüft und den internationalen Standards angepasst werden. Desgleichen sollten die RichterInnen einerseits unabhängig sein, sich aber andererseits gegenüber der Bevölkerung zu verantworten haben.

Diese Aussprüche sind wohl Folge des sogenannten CICIG-Skandals, deren Chef Francisco Javier Dall’Anese es wagte, verschiedene RichterInnen als ignorant zu bezeichnen, da sie sehr unerwartete Gerichtsbeschlüsse erliessen. Das wurde von der *Vereinigung der Richter und Magistrate des Justizorgans* (AJMOJ) schlecht aufgenommen, die sich infolgedessen gegen die CICIG positionierte und Respekt forderte. Daraufhin bat die *Internationale Juristenkommission* und deren Leiter Ramón Cadena die UN, dass Gerichtssystem Guatemalas zu überprüfen. Allerdings trat die AJMOJ von ihrer Klage gegen Dall’Anese zurück und gab zu, dass das Justizsystem gewisser Verbesserungen und Säuberungen bedürfe und es unnötig sei, Zeit zu verschwenden und

die Arbeit der CICIG zu behindern. Die AJMOJ sei nicht Teil des organisierten Verbrechens, welches es zu verfolgen gelte, versicherte die Vereinigung.

Auf nationaler Ebene sind gleich mehrere Prozesse von juristischer Bedeutung zu verzeichnen:

- So wurde zum Beispiel am 28. Juli Marco Tulio Ayala Casasola zu drei Jahren Haft bzw. einer Geldstrafe verurteilt. Er hatte die Menschenrechtsverteidigerin und Direktorin der Stiftung *Sobrevivientes*, Norma Cruz sowie deren Klientin Gloria Ayala Pinto im Jahr 2009 und 2010 telefonisch bedroht. Grund der Bedrohung war die Ermordung der Schwester von Gloria Ayala Pinto. Die beiden Schwestern gingen juristisch gegen den Bruder des nun verurteilten Tulio Ayala vor, da er Glorias Tochter vergewaltigt hatte. Jener Bruder wurde ebenfalls verurteilt. Dies wiederum führte zu der Ermordung von Glorias Schwester durch einen Freund der Familie. Die telefonischen Bedrohungen waren dazu gedacht, dass in dem Fall der Ermordung von Glorias Schwester nicht juristisch vorgegangen wird.

Diese Verurteilung stellt ein Präzedenzfall in Guatemala dar, da es das erste Mal ist, dass jemand wegen Bedrohung verurteilt wurde. Und sie zeigt damit auf, dass es sich lohnt, Bedrohungen anzuzeigen.

- Ein weiterer Fall von nationaler Bedeutung ist der Prozessbeginn im Fall des Massakers der in der Gemeinde Dos Erres. Nach mehreren Jahren vergeblicher Suche nach Gerechtigkeit, die bis vor den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof ging, wurden am 2. August die Ex-Kaibiles Manuel Pop Sun, Reyes Collin Gualip und Daniel Martínez Méndez wegen Mord und Verbrechen an der Menschlichkeit zu je 6'060 Jahren und Carlos Antonio Carías zu 6'066 Jahren Gefängnis verurteilt – je 30 Jahre für jede der beim Massaker umgebrachten Person. Beim Massaker von Dos Erres, das am 7. Dezember 1982 stattfand, verloren 201 Frauen, Männer und Kinder ihr Leben. An diesem Tag kam das Militär in das Dorf, um 21 Gewehre zu suchen, die die Guerilla einige Tage zuvor gestohlen hatte. Da sie die Waffen nicht fanden, beschuldigten sie die EinwohnerInnen, mit den RebellInnen zu kollaborieren. Bei Exhumierungen fand man bisher die Reste von 167 Personen. Dieses Massaker wird auch in dem Bericht der UNO-Wahrheitskommission für Guatemala (CEH) dargestellt. Der Bericht „Guatemala: Memorias del Silencio“ erzählt, basierend auf ZeugInnenaussagen, dass z. B. „alle Minderjährigen durch Schläge getötet und die Aller kleinsten gegen Wände geschleudert und danach in den Brunnen geworfen wurden. Anschliessend richtete man die Erwachsenen hin. Letztendlich wurden die Häuser und alles Übrige verbrannt, so dass nichts von der Gemeinde übrig blieb“.

In dem Prozess sagten bisher zwei Ex-Kaibiles, die unter Zeugenschutz stehen, sowie zwei Zeugen, die zu dem Zeitpunkt Kinder waren sowie ein peruanischer Militärangehöriger aus. Die Ex-Kaibiles taten dies über Videokonferenz von Mexiko aus und schilderten das Massaker. Sie gaben zu, dass ihnen nach dem Staatsstreich von Efraín Ríos Montt im Jahr 1982 befohlen wurde, eine Operation in Dos Erres auszuführen. Salomé Armando Gómez Hernández, Überlebender des Massakers schilderte, wie er diesem entkam, aber sehr wohl die Schreie der Menschen von seinem Versteck aus hören konnte. Laut Rodolfo Robles, General der Division Perú, war es die Befehlshaberin des guatemalteckischen Militärs, welches das Massaker befohlen hatte. Rodolfo Robles wurde als Experte zu dem Fall hinzu gezogen um die Militärdokumente bezüglich des Massakers zu analysieren. Teil dieser Dokumente sind der *Plan Victoria 82*, *Plan Firmeza* und der *Plan der Nationalen Sicherheit*, welcher darauf abzielte, jegliche Rebellion zwischen 1978 und 1983 zu unterbinden. Laut dem peruanischen General war aber Dos Erres kein Zentrum der Guerillaunterstützung und es gab nicht wirklich Hinweise auf eine Kollaboration der Gemeinde mit den Aufständischen. Der Befehl zum Massaker beruhte mehr auf Vorurteilen als auf Beweisen. Hinzu kam, dass die EinwohnerInnen sich weigerten, Teil der Zivilpatrouillen (PAC) zu sein. Insgesamt nahmen 60 Offiziere, Kaibiles und Soldaten an dem dreistündigen Massaker teil.

- Die Verhaftung der Ex-Chefs des Kommandos 6 der ehemaligen Nationalpolizei, Pedro García Arredondo, ist ebenfalls ein positives Zeichen in Sachen Gerechtigkeit. Dieser wurde am 25. Juli in Santa Rosa festgenommen und ein Tag später ins Militärgefängnis Matamoros überwiesen. Ihm wird vorgeworfen, am Verschwinden des Studenten Edgar Saenz am 6. Oktober 1981 beteiligt gewesen zu sein. Der Haftbefehl wurde aufgrund von 15 langen Jahren Druckausübens ausgeschrieben und ausgeführt, so Mario Polanco vom der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* GAM. Die Organisation hatte Informationen aus mehr als 400 Dokumenten aus den Archiven der Nationalpolizei eingereicht.

Neben dem Verschwindenlassen von Saenz werden García Arredondo auch andere Menschenrechtsverletzungen zugeschrieben, wie zum Beispiel der Brand der in spanischen Botschaft am 31. Januar 1981, bei dem 39 Menschen starben. In dieser Sache existiert auch ein internationaler, von Spanien ausgestellter Haftbefehl wegen Terrorismus, Entführung und Mord. Des Weiteren wird ermittelt, ob Arredondo auch an anderen Verbrechen des erzwungenen Verschwindenlassens beteiligt gewesen war, die während seiner Zeit beim Kommando 6 unter der Regierung von Kjell Laugerud García (1974 bis 1978) und Romeo Lucas García (1978 bis 1982) passierten: Jenes des StudentInnenführers Oliverio Castañeda de León, der 28 AnführerInnen der Central Nacional de Trabajadores oder das Verbrechen am damaligen Präsidentschaftskandidat Manuel Colom Argueta.

In Spanien wird ebenso in Sachen Gewalt gegen Frauen, hauptsächlich Maya-Frauen, Folter und Genozid im Zeitraum 1979 bis 1986 ermittelt. Der Anwalt Santiago Pédras übernahm den Fall, der durch die Klage des Women's Link Worldwide zustande kam. Neben Arredondo wird auch gegen die Militärs Óscar Humberto

Mejía Vítores, José Efraín Ríos Montt und Fernando Romeo Lucas García (verstorben) ermittelt, sowie gegen Ex-Regierungsminister Donaldo Álvarez Ruiz und Ex-Polizeidirektor German Chupina Barahona (verstorben).

- Und noch ein Highlight, das sowohl die Vergangenheit wie und auch die Zukunft Guatemalas betrifft: am 20. Juli klagten drei MenschenrechtsverteidigerInnen vor der ONU gegen Otto Pérez Molina wegen Menschenrechtsverletzungen in der Region Ixil im Jahr 1982 und als Hauptverantwortlicher für das Verschwinden von Efraín Bamáca. Die Klägerinnen sind Annie Bird von *Rights Action*, Jennifer Harbury, Anwältin und Ehefrau Bamacas und Kelsey Jones *Comisión de Derechos Humanos para Guatemala-USA* (siehe ¡Fijáte! 489).

Neben so vielen positiven Neuigkeiten sind aber auch negative Schlagzeilen hinsichtlich gerichtlicher Entscheidungen zu verzeichnen:

- So gab das Energie- und Bergbauministerium am 21. Juli bekannt, dass es keine Gründe gäbe, um die Aktivitäten der Mine Marlin zu unterbrechen. Diese Entscheidung begründet sich mit Untersuchungen, die durch verschiedene staatliche Instanzen und ist die Antwort auf die von der *Internationalen Kommission für Menschenrechte* (CIDH) 2010 verordneten Massnahmen. Die Studien ergaben, dass „Goldcorp gemäss den höchsten nationalen und internationalen Standards arbeitet“. Der Staat beantragte deshalb bei der CIDH eine Aufhebung oder zumindest Abänderung ihrer Massnahmen, und dass die Mine, die 18 Gemeinden schadet, nicht geschlossen werden soll.

- Ein anderer wunder Punkt im Justizwesen ist die Suche der Staatsanwaltschaft nach Salvador Gándara. Gegen diesen liegt seit dem 27. Juli erneut ein Haftbefehl vor. Die *Abteilung zur Bekämpfung von Geldwäsche* der Staatsanwaltschaft verlangt, dass das Gericht von Villa Nueva ihren Entschied vom 22. Juli überprüft. Dieses hatte entschieden, den Haftbefehl gegen Gándara aufzuheben, der zuvor ausgesprochen wurde, weil der genannte Beamte nicht zur Eröffnung seines Prozesses erschien, in dem er wegen Geldwäsche von 1,7 Millionen Quetzales angeklagt wird. Gándara entschuldigte sich mittels eines Arztattests (Magenprobleme und Dehydrierung) – wie zu Schulzeiten – für sein Fernbleiben. Ebenso hatte sein Anwalt Einspruch gegen den ersten Haftbefehl für das Nichterscheinen vor Gericht eingelegt. Er argumentierte, dass sein Klient eine Kautions von 1,5 Millionen Quetzales gezahlt hatte und auch immer zum Unterschreiben bei der Polizei erschien. Nun fand aber die Staatsanwaltschaft heraus, dass er erst am Tag nach dem Prozesse beim Arzt war, Rechnung und behandelnder Arzt bezeugen es. Ausserdem hatte man versucht, Gándara zu finden, als er nicht zum Prozess erschien (zu Hause, bei Gericht und im Rathaus von Villa Nueva). Da man ihn nicht fand, wurde er für flüchtig erklärt.

- Dann gibt es natürlich auch noch die international geprägten Entscheidungen im Fall der aussergerichtlichen Hinrichtung von 10 Gefängnisinsassen am 3. Oktober 2005 und am 7. September 2008, in dem Ex-Regierungsminister Carlos Vielman, Ex-Polizeichef Erwin Sperisen und Javier Figueroa angeklagt sind. Vielmann, der die spanische Staatsbürgerschaft besitzt und zur Zeit in Spanien verweilt, soll aufgrund der Entscheidung der Richterin Carol Flores vom 27. Juli nach Guatemala ausgewiesen werden. Die Staatsanwaltschaft sowie die CICIG legten Einspruch gegen diesen Entscheid ein, da sie davon ausgehen, dass Vielmanns Sicherheit in Guatemala nicht garantiert werden kann. Ausserdem sei das Gerichtssystem noch nicht unabhängig genug, um einen fairen Prozess zu gewährleisten. Diesem Einspruch, dem auch der Anwalt Vielmanns zustimmte, wurde nicht stattgegeben. Laut Flores müsse ein Prozess dort stattfinden, wo die Straftaten stattfanden und wo die Beweise gefunden worden seien. Ebenso verlange das Abkommen zwischen Spanien und Guatemala, dass eine Auslieferung beantragt werden müsse, obwohl Vielman auch in Spanien vor Gericht gestellt werden kann. Für die Staatsanwaltschaft ist die Entscheidung der Richterin überraschend, nicht zuletzt weil sie es war, die schon Alejandro Giammattei im selben Fall freisprach. Wieso will sie nun unbedingt, dass Vielman in Guatemala gerichtet wird und zwar aufgrund der gleichen Beweise, mit denen Giammattei freigelassen wurde?

Erwin Sperisen wiederum kann nicht ausgeliefert werden, da er Schweizer Staatsbürger ist und zwischen der Schweiz und Guatemala keine Auslieferungsverträge bestehen. So entschied die Staatsanwaltschaft, dass Sperisen in der Schweiz, wo er seit April 2007 wohnt, vor Gericht gestellt werden soll. Die Schweiz ihrerseits begründet die Nichtauslieferung mit ihrer Verfassung, die besagt, dass ohne deren Zustimmung StaatsbürgerInnen nicht ausgeliefert werden dürfen, vor allem, wenn sie in dem Land, in das sie ausgeliefert werden sollen, die Gefahr laufen, verfolgt zu werden oder das Risiko eingehen, Folter oder anderen unmenschlichen Taten ausgesetzt zu sein. Die guatemalteckische Staatsanwaltschaft hat bereits einen von der Schweiz anfragten Bericht über die Ermittlungen bezüglich der Hinrichtung der 10 Insassen übergeben. Darin sind unter anderem Informationen über die vier, im Februar 2007 ermordeten salvadorschen Abgeordneten enthalten.

Und Javier Figueroa? In einer österreichischen Zeitung gab die Ehefrau Figueroas an, dass der Ex-Unterdirektor der *Abteilung für polizeiliche Ermittlungen* sein Leben riskiere, wenn er nach Guatemala ausgeliefert werde, da

das System korrupt sei und er zuviel wisse. In seiner Position erfuhr er viel über die Verbindungen von einflussreichen Familien, Militär, Polizei und der Politik. Ebenso gab sie an, das ihr Ehemann von Vielman den Befehl bekommen habe, die Ordnung im Gefängnis wieder herzustellen. Aber er wusste nichts von dem Plan, mehrere Männer ohne Gerichtsprozess hinzurichten. Figueroa, der in Untersuchungshaft sitzt, lebt seit 2008 mit seiner Familie in Österreich und besitzt Flüchtlingsstatus. Wie auch Vielmann steht er vor einem Auslieferungsprozess.

- Ein Fall, in dem die internationalen Abkommen zu funktionieren scheinen, ist der von Alfonso Portillo, der angeklagt ist, Millionen von Dollars in ausländischen Banken gewaschen, sowie 1,5 Millionen Dollar Spendengelder Taiwans an Guatemala abgezweigt zu haben. Die USA beantragte seine Auslieferung, welcher Portillo entgegen möchte. Er versucht dabei sich auf den *Hábeas Corpus* zu berufen und behauptet, dass das Auslieferungsabkommen falsch angewendet wurde. Allerdings ist Korruption ein Verbrechen, welches laut Abkommen zwischen den beiden Nationen zu einer Auslieferung führen kann. Des weiteren sei der *Hábeas Corpus* gemäss einer hundertjährigen Tradition nur von US-BürgerInnen oder von Personen, die in den USA festgehalten werden, nutzbar. So wurde dem Einspruch Portillos vom 27. Juli nicht stattgegeben. Die letztendliche Entscheidung liegt nun beim guatemaltekischen Verfassungsgericht.

Nachrichten von den Präsidentschaftswahlen

Steht Sandra zur Wahl? Das Verfassungsgericht muss entscheiden!

Guatemala Stadt, 27. Juli. Der Oberste Gerichtshof hat die Beschwerde gegen die Weigerung des Obersten Wahlgerichts (TSE), Sandra Torres als Präsidentschaftskandidatin von UNE-GANA zuzulassen, abgewiesen. Damit muss das guatemaltekische Verfassungsgericht Anfang August entscheiden, ob die Ex-Frau des aktuellen Präsidenten Alvaro Colom zu den Wahlen antreten darf oder nicht. Die beiden Parteien mobilisieren ihre AnhängerInnen und protestieren auf den Strassen der Hauptstadt. Sie kämpfen weiter für eine Kandidatur von Torres; von einem Plan B, sprich einer oder einem anderen KandidatIn, ist in der Presse nicht die Rede. Glaubt man den Umfragen, die *Prensa Libre* veröffentlicht, wäre damit die einzige Kandidatin, die eine Chance auf eine zweite Runde hat, aus dem Rennen. Wäre damit der direkte Weg frei für den Ex-General und Ex-Geheimdienstchef Otto Perez Molina? AnalystInnen wie Raquel Zelaya, Alvaro Pop oder Miguel Castillo bezweifelten gegenüber *Siglo 21*, dass er im ersten Wahlgang gewählt wird. Unterschiedlich sind jedoch ihre Antworten auf die Frage, wie sich Torres verhalten solle: Zelaya meint, sie solle zwar weiter kämpfen, sich aber ein Beispiel an Harold Caballeros nehmen (siehe weiter unten) und respektvoller mit den Gerichtsentscheiden umgehen, auch wenn diese gegen sie sind; Pop meinte schlicht, sie solle die Gesetze respektieren und Castillo riet ihr, sie solle ihre Kandidatur zurückziehen und es später noch mal probieren. Bis zum 5. August muss eine Entscheidung vorliegen, denn dann müssen die Wahlzettel mit der Liste der KandidatInnen stehen. Manche KommentatorInnen sprechen von einer historischen Entscheidung, mit ihr steht und fällt die Glaubwürdigkeit oder aber Dehnbarkeit von Gesetzen.

Steht Harold Caballeros zur Wahl?

Guatemala Stadt, 15. Juli. Auch dem Kandidaten von VIVA-EG, Harold Caballeros, wurde vom TSE die Registrierung verweigert, da die Verfassung es Pastoren verbietet, zu kandidieren. Caballeros hatte sein Amt als höchster Pastor der Kirche El Shaddai 2006 niedergelegt und als Generalsekretär von VIVA und als Präsident der von ihm gegründeten und eng mit El Shaddai verknüpften privaten Universität San Pablo gearbeitet. Die Mehrzahl der TSE-Mitglieder geht jedoch davon aus, dass dennoch eine Missachtung des Artikels 188f des Wahlgesetzes vorliegt. Caballeros hat sich besonnen geäußert, geht aber trotzdem den selben Weg wie Torres – nämlich den zum Verfassungsgericht. Auch hier ist in der Presse noch nicht von einem Plan B für VIVA-EG die Rede, also ob beispielsweise Nineth Montenegro antreten würde.

Positionen einiger Parteien über Korruption, Justiz und innere Sicherheit

Guatemala Stadt, 13. Juli. An einem Forum von PräsidentschaftskandidatInnen, organisiert vom Centro de Estudios de Guatemala CEG, dem UN-Menschenrechtsbüro, der Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala CICIG und dem Institut für vergleichende Rechtswissenschaften, äusserten sich die ParteienvertreterInnen zu den Themen Justiz, Korruption und Wahlrecht.

Anwesend waren Manuel Baldizón (LIDER), Harold Caballeros (VIVA-EG), Juan Gutiérrez (PAN), Rigoberta Menchú (Frente Amplio), Eduardo Suger (CREO) und Adela de Torrebiarte (ADN), also all jene, die nach den bisherigen Umfragen um Platz 3 kämpfen. Einig waren sich alle im Lob der effizienten Arbeit der CICIG. Auch sprachen sich alle für ein Gesetz gegen die illegale Bereicherung aus, sahen den Bedarf, das Wahl- und Parteiengesetz zu ändern und Instanzen zu schaffen, die die öffentlichen Ausgaben und das Einhalten von Kompromissen und internationalen Verträgen kontrollieren. Auch forderten alle Transparenz über die Finanzen der Wahlkampagnen (wohl wissend, dass die meisten Parteien aktuell gegen die Bestimmungen massiv verstossen, siehe unten).

An einem andern von der Vereinigungen der Anwälte und Notare Guatemalas organisierten Forum legten die KandidatInnen von ADN, PAN, CASA, IVA und LIDER ihre Ansichten und Pläne zum Thema Sicherheit und Justiz dar. Adela de Torrebiarte (ADN) schlug vor, das Verteidigungsministerium zur federführenden Institution im Kampf gegen den Drogenhandel zu machen. Juan Gutiérrez (PAN) forderte für diese Aufgabe hingegen die Gründung von Spezialeinheiten der Polizei. Alejandro Giammattei (CASA), ehemaliger Leiter des Strafvollzugs, sprach sich für eine polytechnische Schule für die PNC aus sowie für Reformen bei der Staatsanwaltschaft und den Justizorganen (in welche Richtung diese Reformen gehen sollen, ist nicht überliefert). Harold Caballeros (VIVA-EG) sprach sich bei der Verbrechensbekämpfung für regionale Sicherheitspläne aus, während Manuel Baldizón (LIDER) für die Gründung einer Nationalgarde plädiert. Weitere Beiträge in der Debatte forderten eine direkte Steuer für die Sicherheit, Polizeireformen, und es wurde die Rolle des Militärs diskutiert. Sämtliche Beiträge zeichneten sie dadurch aus, dass sie sehr unkonkret waren.

„Homosexualität als Krankheit“ – Gruselige Positionen der KandidatInnen zur Sexualität

Guatemala Stadt, Mitte Juli. Auf dem „Forum für das Leben und Bildung“, das die Bischofskonferenz der Katholischen Kirche organisiert hatte, diskutierten neun PräsidentschaftskandidatInnen (es fehlten Sandra Torres von der UNE-GANA und Mario Estrada von der UCN) über Abtreibung, Homosexualität, den Gebrauch von Verhütungsmitteln, die Sexualerziehung und über die Scheidung. Nachdem die Katholische Kirche ihre (bekannten) Positionen zu diesen Themen erläuterte, wurden die KandidatInnen befragt und die zitierten Aussagen lassen einen erschauern.

So antwortete die Kandidatin der PU, Patricia de Arzú auf die Frage, ob es homosexuellen Paaren erlaubt sein solle, Kinder zu adoptieren: „Homosexualität ist eine Abnormität (...) und muss behandelt werden.“ Manuel Baldizón (LIDER) erklärte: „Gott definierte Mann und Frau als Partner“, gleichgeschlechtliche Partner sehe Gott – so muss man ihn wohl interpretieren – nicht vor. Alejandro Giammattei (CASA) erklärte, dass Abtreibung ein Verbrechen sei.

Einig waren sich alle KandidatInnen darin, dass die Sexualerziehung innerhalb der Familie stattfinden müsse und dass der Staat sich nicht einmischen dürfe, da es sich um Fragen der Wertvorstellungen und Ethik handle.

Die negative Haltung vieler KandidatInnen zur Homosexualität waren dem Schwulenverband *Lambda* schon bekannt; er demonstrierte vor dem Hotel, in dem das Forum stattfand, gegen die offensichtliche Diskriminierung ihrer sexuellen Orientierung von weiten Teilen des Forums.

Regierungsprogramm der Frente Amplio

Guatemala Stadt, 12. Juli. Die KandidatInnen der Vereinigten Linken, bestehend aus URNG-Maiz, ANN, Winaq und MNR, haben ihr Regierungsprogramm vorgestellt. Rigoberta Menchú Tum und Aníbal García präsentierten ihren Plan für die innere Sicherheit und gegen die Straffreiheit. In letzterer sehen sie das grösste Defizit im Land.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bot Menchú für die Zeit von 2012-2016 ein Modell an, das soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Armutsbekämpfung zum Ziel hat und auf einem Wirtschaftssystem basiert, in dem nicht der Markt die Bedürfnisse und den Weg der Gesellschaft bestimmt, sondern umgekehrt die Gesellschaft den Weg und Charakter des Marktes vorgibt. Sie versicherte, dass es in einer von ihr geführten Regierung keinerlei Privilegien geben und ein direkter Angriff auf Kapital- und Steuerflucht geführt werde. Zudem werde es eine gerechte und effektive Steuererhebung geben. Das bedeute, so sagte sie wörtlich, „dass jene, die mehr Einkommen haben, auch mehr Steuern zahlen müssen und dass von den Ausgaben bzw. Steuereinnahmen jene Bevölkerungsschichten mit weniger Ressourcen profitieren werden.“ Sie werde GewerkschafterInnen an ihrer Regierung beteiligen, da diese die Realität im Land besonders gut kennen.

Weiterhin schlug die Friedensnobelpreisträgerin von 1992 die Einrichtung einer Ombudstelle für Landfragen vor, deren Aufgabe wäre sei, die ländliche Entwicklung und einen besseren Zugang von KleinbäuerInnen zu Land zu garantieren sowie die Agrarproduktion zu verbessern, um so ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum herzustellen. Dieser Vorschlag steht in enger Verbindung mit den seit langem bestehenden Forderungen von

indigenen und BäuerInnenbewegungen. Zugleich sieht das Programm einen Plan zur Entwicklung eines ökologischen und ländlichen Tourismus vor.

In Bezug auf die innere Sicherheit fordert der Frente Amplio: Förderung des nationalen Sicherheitssystems, Gründung eines Sicherheitsministeriums und einer Generaldirektion zur Kontrolle von privaten Sicherheitsdiensten sowie die Verdopplung der Anzahl PolizistInnen. Auf ökonomischem Gebiet plant Menchú eine Diversifizierung der Importe und Exporte, die Regulierung von Auslandsschulden durch ein Gesetz und die Förderung der zentralamerikanischen Integration. In der Steuerpolitik will die Linke die Steuererleichterungen für Maquilas abschaffen, die Steuersätze für Luxusgüter und Güter des alltäglichen Bedarfs unterschiedlich bemessen und eine regressive Senkung der Sozialversicherungs- und Rentenbeiträge für ArbeiterInnen.

In Bezug auf die Transparenz möchte die Frente Amplio den Gebrauch von Treuhänderschaften per Gesetz regulieren, das Haushaltsgesetz reformieren und die Verschwiegenheitspflicht der Kontrollorgane beschränken. Schliesslich fordert Menchú im Bereich der sozialen Gerechtigkeit ein einheitliches Vertragsrecht für LehrerInnen, Stipendien für Kinder und Jugendliche, bilingue Schulen, Erhöhung der Haushaltsmittel für Gesundheit um 6 % und eine Reform des Wahlgesetzes, damit auch GuatemalteKInnen, die im Ausland leben, wählen können.

Mit Recht hat der auf der Präsentation des Parteiprogramms anwesende Sekretär des Gewerkschaftsverbandes CGTG., José E. Pinzón, bilanziert, dass der Frente Amplio die einzige Partei sei, die ein Wirtschaftsprogramm anbiete, das die ungerechten wirtschaftlichen Strukturen thematisiert und angeht.

Parteien geben mehr für Wahlpropaganda aus, als sie dürfen

Guatemala Stadt, 26. Juli. Wie oben erwähnt, beteuern die PolitikerInnen aller Parteien, dass sie für die Transparenz der Parteifinanzen sind. Und wie verhalten sie sich selbst?

Das TSE rüffelt den KandidatInnen für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt, Amtsinhaber (und Ex-Präsident) Álvaro Arzú, städtische Gelder für seine Wahlkampagne zu nutzen. Und die UNE wird ebenfalls mit einer Geldstrafe von 125 US-\$ belegt, da auch sie mutmasslich staatliche Mittel für ihre Kampagne genutzt habe. Sie hatte in den Bussen einer (allerdings privaten) Busgesellschaft Wahlpropaganda aufgehängt.

Schlimmer aber ist, was die Studie einer Bürgerrechtsbewegung zu Tage förderte, nämlich dass die Parteien, und hier insbesondere die PP von Perez Molina, sehr viel mehr Gelder ausgeben, als die Gesetze es erlauben.

Gewalt im Wahlkampf: Schon 30 Morde

Guatemala Stadt, 27. Juli. Nach Angaben des Menschenrechts-Prokurats (PDH) sind inzwischen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen 30 Personen ermordet worden.

10 davon wurden allein im Juni ermordet. Zugleich wird von Bedrohungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen AnhängerInnen von politischen Parteien, aber auch von räuberischen Überfällen auf Parteibüros berichtet. Die Drohungen richten sich auch gegen die Wahlbehörden, etwa an die Präsidentin des Obersten Wahlgerichts (TSE), María Eugenia Villagrán. Inzwischen werden nicht nur KandidatInnen selbst, etwa der Bürgermeisterkandidat der UNE-GANA-Koalition in Moyuta, Jutiapa, Rony Rodríguez, sondern auch deren Angehörige ermordet, beispielsweise am 19. Juni im Munizip Villa Canales. Oder es wird wie im Falle des in Zacapa ermordeten Fernando Salvador Chacón der Sohn des regionalen Wahlkampfkoordinators der Patriotischen Partei erschossen. Die heisse Phase mit der Bekanntgabe der definitiv zugelassenen KandidatInnen beginnt im August. Wird es dann noch schlimmer werden?

Híjole, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Beschämung?

Guatemala hat es wieder einmal in die Weltpresse geschafft. Unsere traurige und umfangreiche Statistik hausgemachter Gewalt hat dieses Mal Facundo Cabral eingeholt, einen argentinischen Weltbürger – *no soy de aquí ni soy de allá, no tengo edad ni porvenir* (Ich bin nicht von hier und nicht von dort, ich habe kein Alter und keine Zukunft) – und treuen und innigen Komplizen unserer Kämpfe der 70er Jahre eingeholt.

Während sich die Ermittlungsbeamten auf den Tatort dieses blutigen Ereignisses konzentrieren und die Medien wetteifern, wer uns die neusten Erkenntnisse als erstes präsentieren darf, ist es ratsam, den Blick über den düsteren Horizont hinaus zu erheben und nach den Gründen für dieses und andere Verbrechen in unserem Land zu fragen.

Erst einen Monat ist es her, seit die Internationale Sicherheitskonferenz für Zentralamerika stattfand, deren Ziel es war, Wege und Mittel für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens bereitzustellen. Die ansonsten schmeichelnden Präsidenten der Region sagten Frau Clinton Worte, die noch vor Jahren bzw. vor wenigen Monaten unvorstellbar gewesen wären: Der mexikanische Präsident wagte sich zu sagen, was in seinem Land bereits die Vögel von den Dächern pfeifen, nämlich, dass 70% der Fahrzeuge und Flugzeuge, der Waffen und Munition, die in seinem Land gebraucht werden, um Menschen zu töten, aus den USA stammen. Der guatemaltekische Präsident überraschte mit der Aussage, dass 83% der Drogen, die sein Land durchqueren, in den USA konsumiert werden und die restlichen 17% in Europa. Die Präsidentin von Costa Rica und jener von El Salvador insistierten, dass der Drogenhandel nicht existieren würde ohne die riesige Nachfrage aus den USA. Der kolumbianische gab zu, dass der Drogenhandel jede Demokratie tödlich korrumpiere und die besten Profis und FunktionärInnen eines Landes vereinnahme. Einen Beweis für die Verantwortung der USA legte Clinton gleich selber vor, indem sie zugab, dass ihr Land ein Teil des Problems sei und *“wir unsere polizeilichen Anstrengungen erhöhen, um die Filialen der transnationalen kriminellen Vereinigungen aufzudecken ... “* (Wir gehen davon aus, dass sie sich auf **ihr** Land bezog, auch wenn es vielleicht die imperiale Diplomatie nicht erlaubt, so explizit zu sein.)

Tatsache ist, dass unsere Region die gewalttätigste des Kontinents ist, und, ohne dass wir deklarierte Kriege hätten, eine der gewalttätigsten des Planeten. Gemäss UNDP ist die Mordrate in Zentralamerika 33.3 pro 100'000 EinwohnerInnen. Hat das Imperium im Norden etwas damit zu tun?

“Das organisierte Verbrechen, vor allem jenes im Zusammenhang mit dem Drogenhandel, ist die grösste Bedrohung im Rahmen der “feindlichen Übernahme” des guatemaltekischen Staates. (...) Das organisierte Verbrechen hat den Staat während der letzten 30 Jahre infiltriert und sich unterworfen. Und es wurde von den USA “eingeführt” und finanziert, um die antikommunistische Politik der Regierung Reagan in Zentralamerika umzusetzen.” Mit diesen Worten erinnert der Journalist José Rubén Zamora an die 80er Jahre und die imperialistische *Doktrin der nationalen Sicherheit* (elPeriódico, 27. Juni 2011).

Derweilen fühlen wir GuatemaltekinInnen uns international schuldig für den schmerzhaften Mord am argentinischen Reisenden, der singend darüber nachsann: *Armer Kerl mein Patron, der meint, der arme sei ich ...*

Beschämung wiederholen viele in diesen Tagen. Andere, mit mehr geschäftlichem Pragmatismus, befürchten, dass dieses Verbrechen unsere Tourismusindustrie beeinträchtigen wird. So sind wir, schwankend zwischen einem Schamgefühl und der Zurschaustellung unsere ausgebeuteten und entfremdeten Schönheit.

Beschämung? Ist es wirklich Scham, was wir fühlen? Ich glaube vielmehr, dass es Empörung oder Wut darüber ist, dass der guatemaltekische Staat nicht im geringsten seinen Verpflichtungen nachkommen kann, weil er von transnationalen Mächten vereinnahmt ist.

Es ist die alte Geschichte Guatemalas: die mächtigen Gruppen, innerhalb und ausserhalb des Landes, haben uns in beschämende Situationen gebracht, in die wir ohne ihr Zutun nie gekommen wären. Im Geschichtsunterricht versuchte ich den SekundarschülerInnen die zunehmende und massive Not der indigenen Gemeinden in den 60er und 70er Jahren im Hinblick auf ihre Entwicklung als soziale Subjekte zu erklären. Und ein paar Tage später sprachen wir über den bewaffneten Konflikt und die blutige Arbeit der vom Militär befehligten Zivilpatrouillen. Jemand fragte: *Aber Herr Lehrer, waren diese brutalen Patrouillisten nicht dieselben, die noch Wochen zuvor solidarisch für die Entwicklung ihrer Dörfer gearbeitet hatten?*

Es waren effektiv dieselben. Aber der Kontext des aufstandbekämpfenden Krieges elektrisierte die Situation dermassen, dass man, wie einer der Schüler sagte, *sich entweder demütigt oder stirbt*. Und aus dieser Demütigung kommt die Scham, die Selbstverleugnung und die Schuld – Gefühle, die bei unterdrückten Menschen ein Nährboden für Dominanz- und Klientelismuspolitik (und krankhafte Religionen) sind. Bis heute, in unserem Guatemala.

Deshalb meine ich, dass es nicht Scham ist, sondern dass die Empörung grösser ist. Ruben Zamora schreibt weiter: *“Mit andern Worten, die Strategie der USA, den Drogenhandel zu bekämpfen, indem man das Angebot reduziert, ist gescheitert. Der Konsum ist nicht zurückgegangen, das Angebot ist gewachsen und hat sich diversifiziert. Und die Flüsse des gewaschenen Geldes sind gemäss dem Internationalen Währungsfonds von 2% im Jahr 1998 auf heute 10% des weltweiten BIP gestiegen. Das Geld wird in abgelegenen exotischen Steuerparadiesen gewaschen und kommt dann nach New York oder London.”*

Schämen sollten sich andere, uns brennt die Wut im Herzen.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluwin.ch

Erscheint vierzehntäglich

